bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 10 | 13. Mai 2004

Rechte Szene 2

Bewaffnete Aktion
Neonazis wollten GEW-Veranstaltung stürmen – Einsätzkräfte der Polizei waren schneller.

„Randgruppen"-Rechte
Neonazis vertreten sehr unterschiedliche Auffassungen, was Strategie und äußeres Erscheinungsbild anbelangt.

„Unpolitische Geburtstagsfeier"
Neonazistisches Konzert kann unbehelligt in einer Rockerscheune stattfinden.

Ungebrochene Traditionslinie
Neonazis wollen weiterhin in der Taunusgemeinde Marienfels für ein „Ehrenmal" der Waffen-SS demonstrieren.

Prozesse 6

Verschwörungstheorien
Horst Mahler wegen Billigung von Gewalttaten verurteilt.

„Erhebliche Gefährdung"
Anklage gegen militante Neonazis in München.

Merkwürdige Absprachen
In Dresden findet der dritte Prozess gegen Mitglieder der verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz statt.

Grauzone 8

Totgeschwiegene Geschichte
Kommunalpolitiker trotzen dem Medieninteresse am ehemaligen Kriegsgefangenenlager bei Sandbostel.

Ausland 9

Kampf um die „Meinungsfreiheit"
Gericht bezeichnet den rechtsextremen Vlaams Blok als rassistisch. Bei den kommenden Wahlen kann die Partei hohe Zuwächse erwarten.

Demokratische Initiativen 10

Gegen die Hilflosigkeit
Immer mehr Eltern von Neonazis schließen sich zu Initiativen zusammen.

Mit dem Strafrecht gegen rechts
Das Landeskriminalamt Thüringen hat ein informatives „Nachschlagewerk zur Bekämpfung politisch motivierter Straftaten – rechts" auf CD-Rom herausgegeben.

Bücherschau 12

Rechte Avantgarde
Sie kämpfen mit Worten statt mit Gewalt. Die „Neue Rechte" ist raus aus den dunklen Hinterzimmern – eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft.

Meldungen 13

Rechte Szene

Bewaffnete Aktion

Neonazis wollten GEW-Veranstaltung stürmen – Einsätzkräfte der Polizei waren schneller.

Der Polizeichef sprach nach der Aktion gegen die Neonazis von einem „gelungenen rechtsstaatlichen Donnerschlag gegen die NPD und ihre Anhänger". Zufrieden lobte Axel Rott das entschlossene Handeln seiner Beamten um „möglichst viele Straftäter namhaft" zu machen. Vorausgegangen war eine geheime Aktion der Verdener Polizei am 21. April im Hotel „Niedersachsenhof", rund 30 Angehörige einer Oldenburger Polizeisondereinheit hatten sich vor Beginn einer GEW-Veranstaltung zum Thema „Neofaschismus" unbemerkt hinter einer weißen Faltwand im Saal verschanzt. Rott und seine Staatsschutzleute hatten anscheinend Wind davon bekommen, dass Neonazis planten, das Lehrer- und Schülervertreterseminar massiv zu stören.

Während sich die meisten Gäste über die vermummten Einsatzkräfte vor Ort wunderten, waren nur wenige Organisatoren ansatzweise aufgeklärt worden. Der Leester Pädagoge Ralf Beduhn, der sich mit seiner „Antifa AG" seit Jahren kritisch mit den lokalen Neonazi-Strukturen auseinandersetzt, sollte seine Erfahrungen im Zusammenhang mit der so genannten „Schuloffensive" der JN vorstellen. Die Einladungen an die Schulen waren intern verschickt, die Medien bewusst nicht informiert worden, um ungestört Gegenkonzepte erörtern zu können.

Vor Beginn der Veranstaltung um 20.00 Uhr tauchten etwa 30 Neonazis aus dem Bremer Umland, Höxter und Schaumburg-Lippe vor der Eingangstür des Tagungshotels auf. Unter Führung von Florian Cordes, Sascha Schüler als Stützpunktleiter der JN und dem NPD-Kreisvorsitzenden Sven Wellhausen verlangten die jungen Glatzen lauthals und äußerst aggressiv Einlass. Die wurde ihnen jedoch verweigert, da mehrere Personen die Tür von innen zuhielten. Die Neonazis holten Megaphon und NPD-Holzschilder heraus und verklebten die Tür mit einem Parteiplakat, einige von ihnen liefen an den Hintereingang und grölten von dort zu den erschrockenen Schülern und Lehrern hinüber.

Als sich die jungen Leute an der Vordertür dann in die Veranstaltung zurückzogen, um die Teilnehmer über die Vorgänge vor dem Hotel aufzuklären und den Neonazis scheinbar freien Lauf ließen, waren die verunsichert, fotografierten durch die Fenster und skandierten mit dem Megaphon lauthals Parolen. Diesen Moment nutzte die Einsatzbereitschaft und stürmte heraus, es kam zu wilden Verfolgungsjagden in den umliegenden Straßen und 17 Gewahrsamnahmen vor Ort.

Beachtlich waren die Waffenfunde, die die Beamten sicherstellten: Teleskopschlagstöcke, Baseballschläger, Axtstiele, Metallrohre und mit Sand gefüllte Arbeitshandschuhe. Auch ein Handy und verbotene CDs unter anderem von „Landser" wurden beschlagnahmt. Sieben Strafverfahren sind inzwischen bei der Staatsanwaltschaft in Verden anhängig, überwiegend wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Die bewaffnete Aktion in Verden zeigt das wahre Gesicht der gewaltbereiten Neonazis zwischen Elbe und Weser. Eine politische Auseinandersetzung mit der Szene auf Landesebene ist dringend notwendig – findet aber bisher nicht statt. Dabei registrierte das Landeskriminalamt einen Anstieg an rechtsextrem motivierten Gewalttaten im Landkreis Verden von 48 im Jahre 2002 auf 92 für 2003.

Die niedersächsischen NPD-Anhänger begingen vier Tage später ihren „40. ordentlichen Landesparteitag" in Aurich-Oldendorf. Mit dabei waren auch viele der Störer aus Verden. Ungestört bereiten sich die Neonazis auf den kommenden Europawahlkampf vor. Schlimmer noch sind allerdings die Anzeichen für die Bildung einer gut strukturierten Anti-Antifa-Gruppe im Bremer Umland, anscheinend angeführt vom ehemaligen Brandenburger Sascha Schüler. Während der 1. Mai-

Kundgebung der NPD in Berlin stellten die niedersächsischen Neonazis unter Führung von Florian Cordes einen großen Block mit etwa 60 bis 70 Anhängern, eine kleine Gruppe von Verdener Aktivisten interessierte sich dagegen weniger für den Aufmarsch – sie fotografierten Journalisten und Gegendemonstranten.

Paul Stoever

„Randgruppen“-Rechte

Neonazis vertreten sehr unterschiedliche Auffassungen, was Strategie und äußeres Erscheinungsbild anbelangt.

Zwar meinen die Veranstalter des Neonazi-Aufmarschs zum 1. Mai in Berlin, das Aktionsbüro Norddeutschland und die NPD, die „große Gemeinschaftsdemonstration der Nationalen Opposition“ sei ein „großartiger Erfolg“ gewesen. Aber tatsächlich hat der „Tag der deutschen Arbeit“ zur Einheit aller Rechtsextremen von der NPD bis zu den „freien Nationalisten“ wenig beigetragen. Nicht nur, dass Neonazis rund um den chronischen NPD-Gegner Christian Worch, Lars Käppler von der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) und Jens Pakleppa, der unlängst im Zorn die Nationaldemokraten verlassen hatte, an jenem Tag in Leipzig mit einer weiteren Demonstration ihr eigenes Süppchen kochten – auch unter denen, die in Berlin aufmarschierten, ist es mit der Einheit nicht weit her.

Immerhin 193 Organisationen und Parteigliederungen hatten die NPD und das Aktionsbüro Norddeutschland auf ihrer eigens zur Berlin-Demo eingerichteten Homepage in einer Unterstützerliste aufgeführt. Aber auch diese geballte Ladung verbaler Unterstützung brachte keinen nennenswerten Zuwachs an Demonstranten. Rund 2300 zählte die Polizei, nur wenig mehr als im Jahr zuvor. Einen Seitenhieb auf die Leipziger Konkurrenz, die sich den Namen „Initiative für Volksgemeinschaft & Sozialstaat“ gegeben hatte, können sich NPD und Aktionsbüro in ihrer Demo-Bilanz denn auch nicht verkneifen: „Wer glaubhaft für eine (Volks-)Gemeinschaft werben will, der muss zunächst mal selbst die innere Bereitschaft mitbringen, im Großen und Ganzen gemeinsam kämpfen zu wollen.“ Die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung der Berliner Demonstration durch die NPD-Führung und „Freie“ jedenfalls werde „von der breiten Basis der Aktivisten unterstützt“.

Worch sieht das naturgemäß anders. Nach seiner Schätzung hat sich das Spektrum der „Freien“ etwa je zur Hälfte auf beide Demonstrationen aufgeteilt. Nicht nur sein Verhältnis zur NPD ist seit längerem reichlich zerrüttet – auch das zu Thomas Wulff, einem der Hintermänner des Aktionsbüro Norddeutschland: „Solidarität“ und „kameradschaftliches Vertrauen“ seien nicht vorhanden. Worch: „Eines der Probleme ist möglicherweise (...), dass sowohl Udo Voigt als auch Thomas Wulff zwar strategisch denken können, aber dass keiner von beiden und auch beide zusammen es nicht so gut können wie ich.“ Bestätigt sieht sich Worch in seinem Misstrauen gegenüber der NPD durch deren Pressemitteilung vom 28. April, in der der „Marsch der nationalen Einheit in Berlin“ gleichzeitig zur Eröffnungsveranstaltung des Europawahlkampfs der Partei erklärt wird. Und für einen NPD-Wahlkampf will er seine Kameraden nicht missbraucht sehen. In den „Leipziger Leitlinien“ von Worch, Pakleppa, Käppler & Co. hatte es im Vorfeld des 1. Mai geheißen, man wolle nicht „das Rückgrat und der Resonanzverstärker einer schwächlichen Wahlpartei ohne klare Grundlagen sein“.

Offen bleibt einstweilen, ob es noch einmal bei einer von der NPD (mit-)getragenen Veranstaltung einen „schwarzen Block“ geben wird. Angelehnt an Sprache und Optik von Linksautonomen hatte eine Gruppe von Neonazis zur Teilnahme an dem Berliner Aufmarsch und zur Bildung eines eigenen Blocks aufgerufen. Dass sich die NPDler auf ihrer eigenen Mai-Demonstration die Parolen „1. Mai – ohne die Partei“ und „Verfassungsschutz und BND sind die wahre NPD“ anhören mussten, dürfte deren Verbundenheit mit „autonomen“ Rechten nicht eben gestärkt haben. Auf der anderen Seite signalisierte auch einer der Protagonisten des „schwarzen

Blocks“ in einer Nachbetrachtung Distanz: „Inwiefern man in Zukunft noch mit der NPD zusammenarbeiten kann ist fraglich. Ich kann nicht definitiv sagen, dass es noch mal zu einer Zusammenarbeit kommt.“

Die Veranstalter in Leipzig, die in ihren Leipziger Leitlinien schon im Februar eine Absage an den „schwarzen Block“ formulierten, hatten derweil weniger Ärger mit militanten Kameraden – aber vielmehr mit dem gewöhnlichen Neonazi-Fußvolk, das auf die Dauer die Optik stört, wenn man ganz normale Bürger ansprechen will. „Selbstkritik muss am Erscheinungsbild eines beträchtlichen Anteils der Versammlungsteilnehmer geäußert werden. Es ist ganz einfach nüchtern festzuhalten, dass man mit einer Zur-Schau-Stellung eines veräußerlichten Randgruppendaseins niemals die soziale Empörung der Bevölkerung wird in seinen Reihen bündeln können.“ Dass die Demo-Veranstalter den „Randgruppen“-Rechten statt dessen einen „preußisch-deutschen Stil“ empfehlen, dürfte bei denen freilich auf wenig Resonanz stoßen.

Tomas Sager

„Unpolitische Geburtstagsfeier“

Neonazistisches Konzert kann unbehelligt in einer Rockerscheune stattfinden.

Es waren wieder einmal die Rocker, die den Rechtsrock-Anhängern aus der Klemme halfen. Nachdem ihnen vom Wirt des „Happy Day“ die Räumlichkeiten für das am Osterwochenende geplante Konzert in Wolfsburg auf öffentlichen Druck hin gekündigt worden waren, suchten die Veranstalter nach einer geeigneten Location in der Region – die sollte diesmal jedoch geheimgehalten werden. Schließlich landeten sie in dem kleinen Dörfchen Molbath bei Uelzen. Fred M. vom Rokkerclub „The Maniacs“ stellte den Glatzköpfen aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt die ehemalige Kartoffelscheune im Ortskern zur Verfügung.

Gegenüber der Polizei wurde die Veranstaltung als „unpolitische, private Geburtstagsfeier“ heruntergespielt, diese Angabe reichte für einen ungestörten Ablauf. In den frühen Abendstunden des 10. April reisten Neonazis und Skinheads aus dem gesamten Bundesgebiet nach Uelzen, die Aral-Tankstelle wurde zum Schleusungspunkt, erst nachdem sie die passiert hatten, erreichten die Teilnehmer den konspirativen Veranstaltungsort in Molbath. Rechte aus Nordrhein-Westfalen hatten eigens einen Bus gechartert und neben zahlreichen Gästen aus Sachsen-Anhalt und Berlin reisten sogar welche aus Baden-Württemberg und Bayern an.

Als der Besucherstrom nicht abriss, ließen die Verantwortlichen der Polizei Verstärkung anrollen, die bemühte sich aber überwiegend darum, unliebsame politische Gegendemonstranten abzuweisen. Zwischen 300 und 400 Neonazis kamen um die Bands „Selbststeller“ aus Riesa, „Barking Dogs“ aus Düsseldorf und „die Hässlichen“ von „Les Vilains“ aus dem belgischen Brügge zu hören. Obwohl die Rechten Schlange vor dem Eingang standen und das auf Eintritt hindeutete, wiegelten die Zuständigen der Polizei ab: „Wir können denen nichts nachweisen“. Denn als Polizisten kontrollierten, habe man die Eintrittskasse schnell verschwinden lassen. Auch an den Texten der bekannten Szenebands fanden die Ordnungshüter vor Ort nichts Ehrenrühriges.

So konnte wieder einmal ein rechtes Konzert unbehelligt stattfinden, obwohl das niedersächsische Innenministerium regelmäßig verkünden lässt, Rechtsrock-Veranstaltungen nicht zu dulden. An zeitlichen Möglichkeiten hatte es diesmal nicht gemangelt, denn die zunächst für Wolfsburg geplante Feier war den Behörden seit langem bekannt und Informationen über die Bands, die unterstreichen, dass sie mehr als „unpolitische“ Oi-Gruppen sind, hätten längst eingeholt werden können. Aber man ließ die Glatzen gewähren.

Unter den Partyteilnehmern befand sich neben glatzköpfigen Schwergewichten, pickeligen Jungnazis auch eine kleine Gruppe von Rokkern. „Die waren bisher immer ganz ruhig“,

erzählen Anwohner, „wir wundern uns, dass die mit den Neonazis etwas anfangen können“. Kein Einzelfall, im nahe gelegenen Bergen fanden im Umfeld des „MC Nordmänner“ bereits Skinkonzerte statt.

Dass dennoch nicht alle Glatzen auf ihre Kosten kamen, verdankten sie ausschließlich dem gewaltigen Aggressionspotenzial der eigenen Kameraden. So herrschte den ganzen Abend eine „knisternde Stimmung“ in der völlig überfüllten Scheune, berichtet „Death of ZOG“ tags darauf in einem rechten Internetforum. Ein Gast regt sich über die Aktion auf, als jemandem ein T-Shirt abgenommen wurde, weil er nicht Mitglied der „A.B.“ (Arischen Bruderschaft) war, „Leute gibt's. Na ja, viele Muskeln und kein Hirn nehm' ich an“. Den Eintrittspreis von 12 Euro für drei Bands fanden die Teilnehmer weitgehend „sozial“, Nur mit den französischen Texten der belgischen Band „Les Vilains“ taten sich die deutschen Nationalisten dann doch schwer. Deren erster Auftritt hierzulande wurde „leider nicht ganz so gut angenommen“.

Andrea Röpke

Ungebrochene Traditionslinie

Neonazis wollen weiterhin in der Taunusgemeinde Marienfels für ein „Ehrenmal“ der Waffen-SS demonstrieren.

Künftig werde man „zu Hunderten“ und jedes Jahr wiederkommen, drohte der Hamburger Neonaziführer Thomas Wulff, als das „Ehrenkomitee 8. Mai“ im vorigen November erstmals in der kleinen Taunusgemeinde Marienfels einen Aufmarsch organisierte. Damals ging es gegen eine Forderung des Gemeinderates, der vermeiden wollte, das der Ort zur Pilgerstätte für Neonazis werden könnte. Die Gemeindevertreter hatten verlangt, das mächtige „Ehrenmal“ einer Waffen-SS-Traditionsvereinigung, das seit 32 Jahren oberhalb des Friedhofs am Rande des Dorfes thronte und zunehmend braunen Nachwuchs anlockte, abzureißen. Nicht einmal ein halbes Jahr dauerte es seit der ersten Demonstration, bis nun am 8. Mai erneut Neonazis durch die enge Dorfstraße zogen. Diesmal, weil Unbekannte eine Woche zuvor das immerhin sechs Meter breite und mit einem drei Meter hohen Steinaufsatz versehene Denkmal umgekippt und zerstört hatten.

Den Aufrufen, die unter anderem das Aktionsbüro Norddeutschland, die NPD und regionale Kameradschaften wie die „Siegener Kameradschaft 2/130“ verbreitet hatten, waren rund 150 Rechtsextremisten gefolgt. Besonders zahlreich vertreten waren diesmal Neonazis aus Nordrhein-Westfalen. Zu den Rednern gehörten aus Nordrhein-Westfalen der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer, Robert Klug sowie Ralph Tegethoff, der zu den „freien Nationalisten“ gerechnet wird. Wo Neonazis aus Nordrhein-Westfalen auftauchen, sind häufig ihre holländischen Kameraden nicht fern. So auch in Marienfels, wo Constant Kusters, der Vorsitzende der Nederlandse Volks-Unie (NVU), ans Mikrofon durfte.

„Bereits heute steht fest, dass Marienfels nicht das letzte Mal Aufmarschgebiet volkstreuer Kräfte gewesen ist“, drohen derweil die Organisatoren des Aufmarschs. Das rheinland-pfälzische 370-Seelen-Örtchen in der Nähe von Koblenz werde solange „eine Station für den nationalen Widerstand sein, bis es in Marienfels wieder ein Ehrenmal für das I. SS-Panzerkorps gibt“. Gut möglich, dass das Dorf zumindest für Neonazis aus Rheinland-Pfalz und den Nachbarländern noch das eine oder andere Mal Ziel von Neonazis sein wird – auch ohne „Ehrenmal“. Immerhin ist es ihnen dort möglich, sich ungebrochen in eine Traditionslinie mit der SS zu stellen.

Tomas Sager

Prozesse

Verschwörungstheorien

Horst Mahler wegen Billigung von Gewalttaten verurteilt.

„Nationalist“ stand auf der Bomberjacke. „Freispruch für Horst Mahler“ prangte auf dem T-Shirt. Doch die Hoffnung der Kameraden des prominenten Rechtsextremisten wurde nach vier Verhandlungstagen vor dem Hamburger Landgericht enttäuscht. „Sie haben sich moralisch hinter die Attentäter des 11. September gestellt“, erklärte der Richter bei der Urteilsverkündung am 5. März dieses Jahres und sprach ihn wegen „Billigung einer Straftat“ für schuldig, die geeignet sei „den öffentlichen Frieden zu stören“.

Erneut hatte sich Mahler wegen seiner Aussagen zu den Terroranschlägen gegenüber dem Fernsehmagazin Panorama vor einem Gericht verantworten müssen. Vom Hamburger Amtsgericht war er im Mai 2003 vom Tatvorwurf noch freigesprochen wurden. Die Staatsanwaltschaft legte jedoch Berufung ein, da für sie Mahlers Aussagen „Endlich sind sie mal ins Herz getroffen“, „Das war eine Aktion, die so grausam sie ist, rechtens war“ und „Das war höchste Zeit“, eine Billigung beinhalten. Das Landgericht folgte nun dieser Einschätzung und verhängte unter Berücksichtigung eines Urteils des Mainzer Landgerichts eine Gesamtgeldstrafe von 7800 Euro.

Ohne eine Miene zu verziehen hörte sich Mahler das Urteil an, nur die Begründung löste bei ihm Kopfschütteln aus. Denn der Richter widerlegte die Behauptungen des früheren RAF-Aktivisten, dass die „mächtigen amerikanischen Geheimdienste“ das „World Trade Center kunstvoll sprengten“ und das „Pentagon mit einer Rakete beschossen“, nach und nach. Schon bei der Verhandlung mahnte der Richter, „langweilen Sie einen wachen Geist bitte nicht mit Wiederholungen“, als Mahler versuchte seine Aussagen zurückzunehmen, da nach seinem Wissen alleine „geheime Mächte“ zugeschlagen hätten. Reine Verschwörungstheorien, führte der Richter in der Begründung aus, wie die Unterstellung, „amerikanische Mächte“ würden die Bundesregierung und das Landgericht beherrschen. Die immerwährende Befürwortung Mahlers von Gewalttaten beunruhigte den Richter mehr. Schon den Überfall der palästinensischen Terroristen auf die israelische Olympiamannschaft 1972 habe Mahler als „gelungene Kommandoaktion“ wohl geheißen, stellte er fest. Gegen das Urteil will Mahler Revision einzulegen.

Andreas Speit

„Erhebliche Gefährdung“

Anklage gegen militante Neonazis in München.

Generalbundesanwalt Kay Nehm hat Anklage gegen fünf Neonazis erhoben, die im vergangenen Jahr einen Anschlag auf die Baustelle des jüdischen Gemeindezenrums in München geplant haben sollen. Es handelt sich um drei Frauen, Monika St. (18), Ramona Sch. (19), Jessica F. (22) und Thomas Sch. (18) wird Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Der 37-jährige Andreas J. soll die Gruppe unterstützt haben. Gegen neun weitere Rechtsextreme, darunter den mutmaßlichen Rädelsführer Martin Wiese, wird noch ermittelt. Laut Bundesanwaltschaft wollten die Neonazis mit dem Attentat die Grundsteinlegung für das Gemeindezentrum am 9. November 2003, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, verhindern.

„Wäre das Unternehmen während der Feierlichkeiten zur Ausführung gelangt, wären durch die Sprengstoffexplosion voraussichtlich zahlreiche Teilnehmer der Veranstaltung, unter ihnen auch hohe Repräsentanten des Staates und der Religionsgemeinschaften, erheblich gefährdet gewesen“, hieß es in einer Mitteilung der Bundesanwaltschaft vom 5. Mai dieses Jahres. Zu der Grundsteinlegung kamen unter anderem Bundespräsident Johannes Rau, Bayerns Regierungschef Edmund Stoiber und der Präsident des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel. Die Neonazis, die sich

1,2 Kilo TNT beschafft hatten und sich selbst als „Schutztruppe“ bezeichneten, konnten jedoch im September nach aufwändigen Ermittlungen festgenommen werden. Die bayerischen Sicherheitsbehörden unternahmen einen großen Lauschangriff auf die Münchner Wohngemeinschaft um Wiese, außerdem erhielt der Verfassungsschutz Informationen über einen V-Mann.

Das Bayerische Oberste Landesgericht entscheidet, ob es die Anklage gegen die fünf Neonazis zulässt. Der Prozess ist im Herbst zu erwarten, die Anklage gegen weitere Neonazis schon vorher.

Frank Jansen

Merkwürdige Absprachen

In Dresden findet der dritte Prozess gegen Mitglieder der verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz statt.

In den Nachmittagsstunden kann es passieren, dass dem Verteidiger Thomas Jauch die Augenlider schwer werden. Er kennt das alles schon aus dem ersten Prozess vor einem Jahr, so dass er sich eine kurze Auszeit gönnen kann. Ganz anders Olaf Klemke, dessen Mandant Mario Männchen als einziger der Angeklagten zur Tatzeit volljährig war. Sollte dieser Prozess ausgehen wie die beiden vorherigen mit Verurteilungen auf Bewährung, würde Männchen die Kosten allein zu tragen haben. Von Anfang an versucht Rechtsanwalt Klemke durch Anträge gegen einen beisitzenden Richter, Beschlussherbeiführungen oder das Abtrennen des Verfahrens gegen seinen Mandanten, mehr oder weniger originell auf Zeit zu spielen. Dabei kommt es, teilweise gemeisam mit seinem Kollegen Mark Hirschmann, dem Verteidiger von Tino Karsch, auch zu Ausfällen gegenüber Zeugen, wie zwei ehemaligen Mitarbeitern der Ermittlungsgruppe „Elbsandstein“. Erst als diese den Ton und Unterstellungen in der Befragung rügen, erwacht der Vorsitzende Richter, um die Zeugen zur Ordnung zu rufen.

Brisant könnte der Prozess, dessen Ende noch offen ist, durch die kurzzeitige Verhaftung zweier Zeugen werden. Die Neonazis waren bereits im ersten SSS-Prozess vom Mai 2003 beziehungsweise im zweiten im vergangenen Herbst abgeurteilt worden. In ihren jetzigen Aussagen bestritten sie nun Aspekte, die sie damals eingeräumt hatten und die ihren Verurteilungen zugrunde liegen. Der Deal zwischen den Prozessparteien lautete damals, die Angeklagten sind vollumfänglich geständig im Sinne der Anklageschrift. Dafür erhalten sie lediglich Freiheitsstrafen auf Bewährung. Daniel Betke, ein SSS-Aktivist, der im ersten Prozess verurteilt wurde, erklärte nun, was die Anwälte seinerzeit vor Gericht in ihren Plädoyers verkündeten: Man habe nicht aus Einsicht in die Richtigkeit der Anklage, sondern aus prozessökonomischen Gründen sowie einem geringeren Strafmaß diesem Deal zugestimmt.

Wie bereits nach Beendigung der ersten Prozessstaffel im Mai vergangenen Jahres wandte sich der Professor für Strafrecht an der TU Dresden Knut Amelung wieder gegen eine solche Praxis der Absprache. Gegenüber einer Nachrichtenagentur sagte er, dass eine Aussage wie die obige zu Ermittlungen gegen den Richter führen müssten, was aber nicht geschehe, da „keine Partei ein Interesse am Wiederaufrollen des Prozesses hat.“

Lukas Kilian

Grauzone

Totgeschwiegene Geschichte

Kommunalpolitiker trotzen dem Medieninteresse am ehemaligen Kriegsgefangenenlager bei Sandbostel.

Die britischen Truppen, die Stalag X B am 29. April 1945 befreiten, waren entsetzt. Sie verglichen die Zustände im Lager mit denen im KZ Bergen-Belsen. Aus Abscheu und Wut über die Deutschen und das, was sie getan und zugelassen hatten, wollten die Briten die Dörfer im Umkreis zerstören. Ein einheimischer Pastor konnte es ihnen ausreden. Das Mannschaftsstammlager B im Wehrkreis X bei Sandbostel zwischen den niedersächsischen Kleinstädten Bremervörde und Zeven war von 1939 bis 1945 die Hölle für über eine Million Kriegsgefangene aus 46 Nationen. Ab Oktober 1944 unterstand das Lager der SS, die in den letzten Kriegswochen Häftlinge aus dem aufgelösten Hamburger KZ Neuengamme und seiner Außenstellen hierher trieben. Schätzungsweise 50 000 Männer kamen in Sandbostel um, durch Mord, Hunger, Seuchen. Drei Prominente überlebten das Lager: der marxistische Philosoph Louis Althusser, der Kriminalschriftsteller Leo Malet („Nestor Burma") und Giovanni Guareschi, der Schöpfer von Don Camillo und Peppone. Nach Kriegsende waren 6000 NS-Führer in Sandbostel interniert.

Bis heute sind zwei Dutzend Baracken erhalten und stehen unter Denkmalschutz. Doch Sandbostel ist ein Denkmal der besonderen Art. Die Gleichgültigkeit gegenüber den Zuständen im Lager, die die britischen Truppen 1945 den Einheimischen unterstellten, hat sich als Verweigerung von Erinnerung fortgepflanzt. Seit 1974 ist das Lager ein Gewerbegebiet mit dem niedlichen Namen „Immenhain". Wo die Entlausungsduschen untergebracht waren, hat ein Holzhändler es sich gemütlich gemacht. Wo Massenerschießungen stattfanden, befindet sich ein Reiterhof für Kinder. Mehrere Baracken dienen einem Militaria-Händler als Warenlager. Besucher werden bisweilen von scharfen Hunden oder einem wild gewordenen Hausmeister verjagt. Ende 2003 wurde die 89-jährige Ehefrau eines im Lager umgekommenen Niederländers beschimpft und mit einer Holzlatte bedroht. In und um Sandbostel verteidigt man sein schlechtes Gedächtnis gegebenenfalls gewaltsam. Seit 15 Jahren bemüht sich ein Verein um dem Stadtarchivar von Rotenburg/Wümme und einen Lehrer aus Bremervörde vergeblich darum, am Ort des Grauens eine Dokumentations- und Gedenkstätte einzurichten.

Jetzt aber ist Ivar Buterfas auf den Plan getreten. Der 71-jährige Holocaust-Überlebende und Unternehmer hat gute Kontakte zu den Hamburger Medien. Er wurde prominent als „Retter von St. Nicolai", der Ruine des ausgebombten Hauptkirche der Hansestadt. Buterfas will den Kommunalpolitikern, die Sandbostel vergessen wollen, die Leviten lesen. In seinem Gefolge waren mehrere TV-Teams vor Ort, etliche Zeitungen berichteten. Die Landesregierung hat bereits 10 000 Euro für eine denkmalpflegerische Untersuchung der erhaltenen Baracken bewilligt.

Für ein Museum bietet sich das Gebäude der ehemaligen Kommandantur an. Es gehört dem Landkreis Rotenburg/Wümme und beherbergt die Straßenmeisterei. Dabei soll es bleiben, erklärte Landrat Hans-Harald Fitschen (CDU). Die Kommunalpolitiker beharren auf ihrer Weigerung, das Areal von Sandbostel als Zeugnis der Geschichte anzuerkennen und setzen weiterhin aufs Totschweigen. Landrat Fitschen hatte erst im Februar bei anderer Gelegenheit sein Verständnis von NS-Geschichte demonstriert. Zu einer Heimatvertriebenen-Tagung in Rotenburg war mit seiner Unterschrift Gerd Schultze-Rhonhof zu einem Vortrag eingeladen worden. Der Ex-Bundeswehrgeneral sollte sein in Revisionistenkreisen und bei der NPD beliebtes Buch „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte" vorstellen, in dem er die Schuld Hitlers am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs leugnet. Mit seinen Thesen gastierte er bereits bei einem konspirativen Treffen des Kameradenverbands des ehemaligen 1. SS-Panzerkorps. „Ich freue mich darauf", hatte der Landrat erklärt, als im Vorfeld des Vortrags Kritik laut wurde. Eine Debatte im Kreistag über die Causa unterband Fitschen. Während er für Schultze-Rhonhof den Schutz der Meinungsfreiheit reklamierte, meinte Fitschen, die Lokalpresse habe diese missbraucht.

Uwe Ruprecht

Ausland

Kampf um die „Meinungsfreiheit“

Gericht bezeichnet den Vlaams Blok als rassistisch. Bei den kommenden Wahlen kann die Partei Zuwächse erwarten.

In Belgien finden die Europaparlamentswahlen vom 13. Juni 2004 gleichzeitig mit den Regionalwahlen statt. Letztere werden allerdings als einschneidender betrachtet, weil ihr Ergebnis sich auf die Föderalregierung auswirken wird. Die belgische Politik sieht das eventuelle Zustandekommen einer anderen Mehrheit auf der regionalen Ebene als Problem an: asymmetrische Regierungen würden das heikle Gleichgewicht in einem Staat, wo sich Flamen und Frankophonen allzuoft in vielen Dossiers einander gegenüberstehen, zusätzlich belasten. Für Politiker und Meinungsforscher ist es daher spannend, wie der rechtsextreme Vlaams Blok VB) bei den Regionalwahlen abschneiden wird. Verschiedene in den letzten Monaten durchgeführte Umfragen sehen ein Anwachsen des VB auf mehr als 20 Prozent voraus, so dass er auf flämischer Ebene zu den vier großen Parteien gehört (neben den Sozialdemokraten, den Liberalen und den Christdemokraten mit dem demokratischen Flügel des flämischen Nationalismus).

Eine Gerichtsentscheidung sorgt jetzt für Aufregung. Am 21. April hat der Genter Appellationshof ïn einem aufsehenerregenden Urteil drei mit dem Vlaams Blok liierte eingetragene Vereine auf Grund des Antirassismus-Gesetzes als rassistisch gebrandmarkt. Laut Urteil sollen sie als Sprachrohr des Vlaams Blok „systematisch das Sündenbockprinzip gehandhabt“ und „unaufhörlich zu Hass und Diskrimination“ gegenüber Ausländern gehetzt haben. Der Vlaams Blok selbst wurde nicht als Partei verurteilt, sondern indirekt deswegen, was mit ihm verbundene Organisationen in seinem Namen geschrieben haben. Juristen interpretieren das Urteil so, dass nicht die Partei als solche das Problem sei, sondern das, was sie sagt. Sie könne also weiterhin bestehen, wenn sie nur den rassistischen Kern ihres Programms abstreifen würde. Extremismusforscher bezweifeln, ob der Vlaams Blok sich dies leisten Vlaams Blok sich dies leisten könne, da damit die ehemals winzige Partei in den 90er Jahren sich zu einer immer stärker werdenden Protestpartei hochkatapultiert habe. Andere Stimmen dagegen meinen, dass es gerade der Rassismus war, der die konservativen Kräfte auf Distanz hielt. Der von den demokratischen Parteien initiierte Cordon sanitaire, der Absprachen mit dem VB ausschließt, hielt die Rechtsextremisten von der Macht – nicht aber von Einflussnahme – fern.

Der Vlaams Blok hat am 5. Mai Kassation eingelegt, so dass das Genter Urteil vor den Wahlen am 13. Juni seine Wirkung nicht entfalten kann. Der VB kann also noch in seiner bisherigen Form und mit seiner derzeitigen Programmatik an den Wahlen teilnehmen. Die Frage ist, wie sich das Urteil auf die Wähler auswirken wird. Der VB beansprucht jetzt die ihm verwehrte „Meinungsfreiheit“, um so in die Rolle des Märtyrers schlüpfen zu können. Sollte ihm das Urteil tatsächlich einen Märtyrer-Bonus einbringen, könnte dies die Machtverhältnisse grundlegend ändern. Ein mögliches Anwachsen auf 30 Prozent, wo die Umfragen für den VB schon vor dem Urteil positiv waren, zwänge die drei traditionellen politischen Parteien zum Angehen einer großen Koalition auf flämischer Ebene. Bemerkenswert ist die Reaktion der anderen Parteien auf den Urteilsspruch. Auf flämischer Seite herrschte Zurückhaltung: Die Regierungsparteien wollen nicht wegen Schadenfreude von den Wählern ein Denkzettel verpasst bekommen, die Christdemokraten befürchten, dass sonst ein Teil ihrer konservativen Wähler erst recht zum Vlaams Blok überlaufen würde.

Nach dem 21. April tobte im Land ein Kampf um die Frage, ob die Meinungsfreiheit in Bedrängnis geraten sei. Pikant daran ist allerdings, dass der Vlaams Blok, der seinen eigenen Kadern außer dem Trio Frank Van Hecke, Filip Dewinter und Gerolf Annemans kaum Redefreiheit gewährt, jetzt behauptet, die Demokratie, das freie Denken sei in Gefahr. Unerwartete Schützenhilfe kommt dem Vlaams Blok seitens der Arabisch-Europäischen Liga des linken Islamisten Dyab Abou Jahjah zu, die – auch wenn sie den Vlaams Blok weiterhin bekämpft – das Urteil anprangert, da „die Handhabe juristischer Mittel um gleich welchem Diskurs einen Maulkorb anzulegen, undemokratisch sei“.

Dirk Rochtus

Demokratische Initiativen

Gegen die Hilflosigkeit

Immer mehr Eltern von Neonazis schließen sich zu Initiativen zusammen.

Am Anfang erschien alles recht harmlos. Der 14-Jährige kleidete sich plötzlich mit Bomberjacke und Springerstiefeln. Seine Mutter ließ sich schnell beschwichtigen, als er auf ihre Nachfrage erklärte, diese Kleidung sei cool und in. Doch bei äußerlichen Veränderungen blieb es nicht.

Über den Weg ihres Sohnes in die gewalttätige Neonaziszene wie auch über seine späteren vorsichtigen Ausstiegsversuche berichtete die Mutter Ulrike H. öffentlich. Sie gehört zur Minderheit der Eltern von jugendlichen Rechtsextremisten, die ihr Problem nicht als Privatsache ansehen, die nicht resignieren, sondern sich gemeinsam mit Leidensgefährten in einer Elterninitiative zusammengeschlossen haben.

Bundesweit sind in den zurückliegenden Jahren solche Gruppen entstanden. Eine wichtige Anlaufstelle für sie ist die „EXIT-Elterninitiative", die Anfang 2002 innerhalb des Aussteigerprogramms für Neonazis „EXIT Deutschland" gegründet wurde. Von den Betreuern in Berlin erhalten die Rat suchenden Mütter und Väter konkrete Tipps, wie sie mit ihren in die Naziszene abdriftenden Kindern umgehen sollen. Sie bekommen aber auch Hintergrundinformationen über rechtsextremistische Ideologie, Musik und Symbolik.
Die Eltern selbst treffen sich regelmäßig in ihren Regionalgruppen, manchmal kommen EXIT-Mitarbeiter zu diesen Treffen, und manchmal nehmen sogar Prominente wie der Schauspieler Hardy Krüger an solchen Begegnungen teil, um die wichtige Arbeit zu unterstützen.

„Durch eine gute Bekannte bekam ich den Tipp, mich an EXIT zu wenden", schreibt Ulrike H. in ihrem Betroffenenbericht. „Man sagte mir, dass man den Jugendlichen nur helfen könne, wenn diese gewillt seien, wirklich aus der Szene auszusteigen." Im Fall ihres Sohnes gestaltete sich dieser Ausstieg mehr als schwierig und führte ihn zunächst wieder in den Rechtsextremismus zurück und schließlich ins Gefängnis. Doch Ulrike H. hat gleichwohl an Mut und Stärke gewonnen, einfach weil sie den Schritt aus der Anonymität heraus wagte und weil sie Unterstützung erhielt. Wie ihr geht es vielen Müttern und Vätern, die die Hilfe von EXIT in Anspruch genommen und sich zu Initiativen zusammengetan haben.

Die Idee dieser Art von Elterninitiative kommt aus Norwegen. Dort entstanden ab 1995 landesweit Netzwerke, in denen sich bis zum Jahr 2000 etwa 130 Eltern von rund hundert rechtsextremistisch orientierten Kindern bzw. Jugendlichen organisierten. Am Ende des Fünf-Jahres-Zeitraums zählten lediglich noch zehn von ihnen zur Szene. „Wir behaupten nicht, dass die anderen 90 die Szene wegen unserer Elternarbeit verlassen haben (…), aber wir wissen, dass diese Arbeit in vielen Fällen den Ausschlag gegeben hat", schreibt der Norweger Tore Björgo in einem Beitrag für das Bulletin, eine Schriftenreihe des „Zentrum für Demokratische Kultur" über EXIT.

In Deutschland gibt es noch keine so lange Erfahrung mit der Elternarbeit, dass vergleichbare Zahlen präsentiert werden könnten. Doch hat sich mittlerweile herauskristallisiert, welche Art von Hilfen die Mütter und Väter von Neonazis benötigen. Im Mittelpunkt stehe dabei die Hilfe zur Selbsthilfe, heißt es dazu in einem weiteren Bulletin-Beitrag. „Angeboten wird von Seiten des EXIT-Elterninitiative-Teams ein Erfahrungsaustausch der Betroffenen. Außerdem wird die Reflektion über eigene Verhaltens- und Kommunikationsweisen sowie über gesellschaftliche Vorgänge angestrebt, aber auch die Möglichkeit angeboten, Wissen über rechtsextreme Szenestrukturen, ideologische Strömungen und Positionen, gruppendynamische Prozesse und ähnliche Thematiken in Form von Workshops oder Vorträgen vermittelt zu bekommen."

In Berlin hat sich Ende März eine Elterninitiative im Bezirk Hohenschönhausen-Lichtenberg gebildet. Sie wird unter anderem von „Licht-Blicke", Netzwerk für Demokratie und Toleranz, unterstützt.

Gudrun Giese

EXIT-Elterninitiative, 0173/973 83 86, www.exit-deutschland.de; EXIT hat einen sehr informativen Ratgeber „Mein Kind – Ein Neonazi?" herausgegeben.

Licht-Blicke, 030/99 270 555.

Mit dem Strafrecht gegen rechts

Das Landeskriminalamt Thüringen hat ein informatives „Nachschlagewerk zur Bekämpfung politisch motivierter Straftaten – rechts" auf CD-Rom herausgegeben.

Das erste Themenfeld der Multimedia-CD „Nachschlagewerk zur Bekämpfung politisch motivierter Straftaten – rechts" widmet sich „verbotenen Kennzeichen und Symbolen". Dargestellt werden unter anderem die Doppelrune und die Lebensrune. Die Doppelrune als Zeichen der ehemaligen Waffen-SS wurde 1945 durch den Alliierten Kontrollrat im Zusammenhang mit dem Verbot der NSDAP verboten. Die bei neuheidnischen und rassistischen Organisationen beliebte Lebensrune wurde unter anderem als Ärmelabzeichen im Sanitätsdienst der SA getragen. Sie unterliegt soweit diese in nationalsozialistischem Kontext verwendet wird, der Strafbarkeit gemäß Paragraf 86 und Paragraf 86a StGB. Unter den Tatbestand Paragraf 86 Absatz 1 Nr. 4 fällt der in Neonazi-Kreisen beliebte Aufnäher „Unsere Ehre heißt Treue", ein leicht geänderter „Wappenspruch" der SS. Im folgenden Kapitel werden „verbotene Parolen und Grußformen" wie der so genannte „Kühnen-Gruß" (Grußform mit ausgestrecktem rechten Arm) und die bei Demonstrationen oftmals skandierte Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" kundgetan. Verboten ist ebenso die Formel „Mit deutschem Gruß" in Briefen, wenn deren Aufmachung und Inhalt erkennen lässt, dass nationalsozialistischer Sprachgebrauch verwendet wird.

Dokumentiert und auszugsweise abspielbar sind auf der CD-ROM auch „strafbare rechtsextremistische Lieder" wie das „Horst-Wessel-Lied", „Vorwärts Vorwärts" (Lied der Hitler-Jugend), „SA marschiert" oder „Es geht ums Vaterland". Erklärt und dargestellt werden ferner „Runen und Sinnbilder im Nationalsozialismus" wie die Kaum-Rune (Blutsrune), die Wolfsangel (Wehrbereitschaftsrune) und die Tyr-Rune (Treuerune). Aufgeführt sind neben den bekannten „altgermanischen Monatsbezeichnungen" auch Bezeichnungen wie Eismond für den Monat Januar und Herbstmond für den Monat September.

Im Kapitel „Urteile" sind unter anderem die Rechtsauffassung der Generalstaatsanwaltschaft Thüringen zum Keltenkreuz, das Urteil des Bundesgerichtshofs zum Gaudreieick und die Strafbarkeit der Verwendung SS-Totenkopf-ähnlicher Symbole enthalten. Dokumentiert und erklärt sind die einschlägigen „Strafrechtsnormen", darunter auch die Paragrafen 103 StGB (Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten) und 166 StGB (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinen).

Rechtsextreme Symbolik und Zahlencodes werden im Kapitel „nichtstrafbare Kennzeichen und Symbole" dechiffriert. Neben hinreichend bekannten wie „88" (8. Buchstabe des Alphabets: „Heil Hitler") wird auch die Bedeutung der nur in eingeweihten Kreisen bekannten Zahlencodes wie 198 (19. und 8. = „Sieg Heil") oder 1347 (13. und 4. und 7. = „Mit deutschem Gruß") entlarvt.

Die sehr empfehlenswerte CD-Rom ist kostenlos erhältlich beim Landeskriminalamt Thüringen, Postfach 101827, 99018 Erfurt; Fax: 0361/341-1129. Ansprechpartner ist Kriminalhauptkommissar Rainer Harzer.

Anton Maegerle

Bücherschau

Rechte Avantgarde

Sie kämpfen mit Worten statt mit Gewalt. Die „Neue Rechte“ ist raus aus den dunklen Hinterzimmern – eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft.

Rechtsextreme Parteien und Organisationen erfahren in Deutschland abgesehen von wenigen Ausnahmen zurzeit nur wenig Zulauf. Ein Grund zum Zurücklehnen ist es jedoch nicht, wie mehrere jüngere Publikationen deutlich gemacht haben. Weitgehend unabhängig vom radikalen Milieu haben sich in den letzten Jahren Netzwerke etabliert, die sich aus dem Schatz völkischen Gedankenguts bedienen und mehr oder weniger offen mit nationalistischen, antisemitischen oder fremdenfeindlichen Ideen Handel treiben. Aufgezeigt wurde das zunehmende Drängen dieser Kräfte hin zur Mitte unserer Gesellschaft nicht zuletzt im Eklat um den Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann und den entlassenen Bundeswehrgeneral Reinhard Günzel. Um Einzelfälle geistiger Brandstiftung handelt es sich dabei keinesfalls. Rechtsextremismus ist kein exklusives Problem desillusionierter Jugendlicher oder gewaltbereiter Betonköpfe mehr. Das Image des Bürgerschrecks hat die neue, intellektuell aufgerüstete Rechte hinter sich gelassen.

Wie sieht diese „Neue Rechte“ aus? Wie arbeitet sie? Wo findet sie Unterstützung? Fragen, auf die der von dem SPD-Landtagsabgeordneten Stephan Braun und dem Soziologen Daniel Hörsch herausgegebene Sammelband „Rechte Netzwerke – Eine Gefahr“ Antworten zu geben versucht. 28 Autoren zeigen auf, wie die verflochtenen informellen Bündnisse funktionieren und wer die Protagonisten sind, die so vehement an der Wiedergeburt des nationalistischen Denkens arbeiten. Wiederholt wird auf die Grenzgängerfunktion der intellektuellen Rechten hingewiesen. Während sie für den harten Kern der Szene als Vordenker und Stichwortgeber fungieren, stellen sie durch geschickte Vermarktungs- und Argumentationsstrategien auch den diskursiven Kontakt zu wertkonservativen Denkern her. Der „Kampf um die Köpfe“ (Anton Maegerle/Daniel Hörsch) hat begonnen. Die darin liegende Gefahr ist offensichtlich, wie der Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter formuliert: Es droht eine Erosion der Abgrenzung zwischen den politischen Lagern. Die Grauzone verbreitert sich und auch die Versuchung für demokratische Parteien, am rechten Rand des Spektrums auf Wählerfang zu gehen, wächst.

Nachdem im ersten Teil des Bandes die ideologischen (Thomas Pfeiffer) und rhetorischen (Margarete Jäger) Strategien der Neuen Rechten analysiert werden, widmen sich die Beiträge in der Folge verschiedenen Beispielen rechter Netzwerke. Dazu gehören „Bildungsakademien“ wie das Studienzentrum Weikersheim (Meinrad Heck), das System der Burschenschaften (Dietrich Heither) oder die boomende RechtsRock-Musikszene, einem der „Modernisierungsmomente der extremen Rechten“ (Christian Dornbusch/Jan Raabe). Auffällig häufig taucht dabei die Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“, das journalistische Flaggschiff der Neuen Rechten auf. Das verfassungsrechtlich bedenkliche und den Ideen der Konservativen Revolution der zwanziger Jahre verbundene Blatt, so Autor Helmut Kellershohn, versuche permanent, sich durch die Integration demokratischer Gesprächspartner als pluralistisches Medium darzustellen. Im Kern sei das Doppelspiel jedoch auf die Erweiterung des „Sagbarkeitshorizontes“ und die Rehabilitierung des rechten Widerstandes gegen die offene Gesellschaft ausgerichtet.

Im Abschlussteil des Sammelbandes werden Präventions- und Gegenstrategien aufgezeigt. Im Vordergrund stehen dabei erfolgreiche Modellprojekte zur Bildungsarbeit und Förderung der Demokratiekompetenz wie CIVIC oder Team Z der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Die SPD-Spitzenpolitikerin Ute Vogt stellt das Bündnis für Demokratie und Toleranz vor.

Michael Funk

Stephan Braun/Daniel Hörsch (Hrsg.):
„Rechte Netzwerke – eine Gefahr“
VS Verlag für Sozialwissenschaften
Wiesbaden, 2004
281 Seiten, 19,90 Euro

Meldungen

Proteste gegen EU-Beitritt

Budapest – Rund 100 Anhänger der rechtsextremen Vereinigungen „Ver es becsület" („Blut und Ehre") und „Lelkiismeret 88" („Gewissen 88") haben in Budapest gegen den EU-Beitritt Ungarns protestiert. Mehrere Teilnehmer trugen dabei T-Shirts mit Aufschriften wie „Gut – besser – Hitler". Als Redner trat auf der Veranstaltung neben anderen Imre Kocsis, der Kopf von „Lelkiismeret", auf. Die Neonazi-Truppe war im Juli 2002 erstmals öffentlich in Erscheinung getreten. (am)

„Tabuloses" Konzert

Gelsenkirchen – Musikalisch begingen rund 150 Neonazis am Abend des 24. April mit viertägiger Verspätung den Hitler-Geburtstag. Auch auf einer Skinhead-Internetseite war ganz offen zu der „115. Glatzen-Geburtstagsparty" unter genauer Angabe der Lokalität im Gelsenkirchener Stadtteil Schalke eingeladen worden. Während zunächst die Dortmunder Band „Oidoxie" und ein Solo-Auftritt des Sturmwehr-Frontmannes Jens Brucherseifer angekündigt waren, mussten sich die Besucher, die immerhin 20 Euro Eintritt zu zahlen hatten, dann doch mit unbekannteren Bands begnügen. Auf der Bühne standen die Gruppen „Kerusker" – mit einigen Coverstücken von „Landser" - und „Faustkampf". Der Stimmung tat das Ausbleiben von „Oidoxie" und Brucherseifer offenbar keinen Abbruch: Im Internet wurde das „sehr tabulose" Konzert gelobt. (ts)

Theoretiker ohne PC

Hamburg – Auf Betreiben der Berliner Staatsanwaltschaft wurde der Computer des rechtsextremen Theoretikers Reinhold Oberlercher (Hamburg) beschlagnahmt. Oberlercher ist Mitinitiator und ideologischer Kopf des rechtsextremen Theoriezirkels „Deutsches Kolleg". Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen diverser Texte des „Deutschen Kollegs", darunter den im Dezember 2002 veröffentlichten Artikel „Menschenfresser im Pisa-Land". „Neger" werden in dem Pamphlet als „fressbare Objekte" bezeichnet, bei denen in ihrer „Geistesgestalt noch ‚nichts an das Menschliche Anklingende zu finden'" sei. Das negative Abschneiden der Bundesrepublik bei der Pisa-Studie sei Folge der „Gegen-Kolonisierung Europas durch Neger", die die „germanische Prägung europäischer Kultur" zerstören würden. Geld- oder Sachspenden für Oberlercher nimmt dessen DK-Mitstreiter Uwe Meenen (Würzburg) entgegen. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abonnementverwaltung
wegewerk GmbH
Mail: abo@wegewerk.de
Fon: (030) 24 08 36 60
Fax: (030) 24 08 36 89